

#WEST 02. Mai 2024

1. Mai in Düsseldorf: Migration und Fachkräftemangel, Einbürgerung und Demokratie

Bei strahlendem Sonnenschein feierten zahlreiche Menschen am 1. Mai am Rheinufer in Düsseldorf den Tag der Arbeit. Neben der traditionellen Kundgebung und der Demonstration gab es an diesem Tag auch viel Gelegenheit zum gemütlichen Beisammensein und Austausch.



Ein beliebter Anlaufpunkt war dabei der Stand der EVG. Hier konnten sich Interessierte über die Arbeit der Gewerkschaft informieren, mit Gewerkschaftsvertretern ins Gespräch kommen und bei kühlen Getränken und leckerem Essen an den umliegenden Ständen den Tag genießen.

Die Stimmung am Stand war ausgelassen und fröhlich. Viele Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich über die aktuelle Tarifpolitik der EVG zu informieren und ihre Meinung zu arbeitsmarktpolitischen Themen zu äußern.

Ein besonderes Highlight war der spontane Besuch des ehemaligen EVG-Geschäftsstellenleiters Düsseldorf, Ludger Ingendahl. Er freute sich sichtlich über das rege Treiben am Stand und nutzte die Gelegenheit, mit alten Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen.

Gülay Boran, Gewerkschaftssekretärin der EVG-Geschäftsstelle Düsseldorf, bedankt sich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Helferinnen und Helfern, die tatkräftig beim Auf- und Abbau des Standes unterstützt haben. Ohne ihren Einsatz wäre dieser schöne Tag am Rheinufer nicht möglich gewesen.

Als EVG-Ortsverbandsmitglied Düsseldorf redete Jasmin Bönck sowie Robert Wajda von der EVG-Geschäftsstelle zu den Teilnehmenden der Kundgebung. „Migration und Zuwanderung sind längst Realität und häufig ein Gewinn“, betonte Jasmin Bönck, Mitglied des EVG-Ortsverbandsvorstands Düsseldorf. „Als Gewerkschaften sind wir Teil dieser Geschichte und wollen sie positiv gestalten. Wir kämpfen zusammen für gute Arbeit, gute Löhne und Tarifbindung - unabhängig davon, wo jemand herkommt oder wo seine oder ihre Eltern herkamen.“

Bönck wies darauf hin, dass es in Deutschland ein reales Fachkräfteproblem gibt. „Wir brauchen auch zukünftig Arbeitskräfte aus anderen Ländern. Als Gewerkschaften werden wir dafür sorgen, dass diese Kolleginnen und Kollegen nicht durch Lohndumping ausgebeutet und missbraucht werden.“

Robert Wajda, von der EVG-Geschäftsstelle Düsseldorf, sprach sich für eine Erweiterung des Wahlrechts aus. „Wusstet ihr, dass Millionen von Menschen in Deutschland kein Wahlrecht haben? Obwohl sie hier leben und arbeiten. Kein deutscher Pass heißt: Kein Wahlrecht. Deshalb begrüßen wir es, dass mit der Reform des Einbürgerungsrechts endlich mehr Menschen schneller die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen und an demokratischen Wahlen teilnehmen können.“

Wajda betonte, dass mehr als 11 Millionen Menschen ohne deutschen Pass in Deutschland leben. „Ein großer Teil von ihnen ist seit Jahren von demokratischer Beteiligung ausgeschlossen. Das muss sich ändern! Wer hier lebt und arbeitet, soll auch mitentscheiden und mitverantworten dürfen. Diesen einfachen Grundsatz leben wir als Gewerkschaften schon lange, denn bei Betriebsratswahlen können alle mitwählen: Mitbestimmung fragt bei Wahlen weder nach Herkunft noch nach Pass!“

Wajda kritisierte zudem die „destruktive Stimmungsmache“ der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände. „Die tun gerade so, als würde in Deutschland nichts mehr gehen. Da werden Uralt-Forderungen nach Belastungsmoratorien und Entbürokratisierung aus der Mottenkiste geholt, um soziale Schutzstandards infrage zu stellen.“

Wajda warnte davor, dass diese Debatten „ein Spiel mit dem Feuer“ seien. „Es ist schwer genug, mit dem rasanten Wandel Schritt zu halten: Wenn aber zusätzlich Ängste geschürt werden, weil man den Menschen auch noch das letzte Gefühl von Sicherheit und guten Zukunftsperspektiven raubt, dann leidet darunter auch das Vertrauen in unsere Demokratie.“

Bönck und Wajda forderten eine aktive Politik zur Gestaltung der Transformation, Schutz- und Beteiligungsrechte der Beschäftigten sowie starke soziale Sicherungssysteme. Sie sprachen sich für eine Erweiterung des Wahlrechts und gegen die Angriffe auf den Sozialstaat aus.



[Alle Bilder anzeigen »](#)